

## DEUTSCHE WIRTSCHAFT DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 2. VIERTELJAHR 1962

Die statistischen Daten der ersten Monate dieses Jahres<sup>1)</sup> geben kein klares Bild von der gegenwärtigen Konjunkturlage. Dunkle und helle Töne sind dicht beieinander und erschweren dem Betrachter das Urteil. Sicher scheint es indessen zu sein, daß sich das Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität, wie es seit dem Frühjahr vergangenen Jahres zu beobachten gewesen war, in den letzten Monaten nicht mehr fortgesetzt hat. Andererseits ist jedoch kein erneuter konjunktureller Aufschwung festzustellen. Das Tempo des Wirtschaftswachstums ist in der Bundesrepublik gegenwärtig zu niedrig und bleibt hinter den Produktionsmöglichkeiten zurück.

Das Bild der Konjunktur wird entscheidend von der Investitionstätigkeit bestimmt, und die konjunkturellen Aussichten hängen wesentlich von der Investitionsbereitschaft ab. Mit der Abschwächung der Konjunktur war ein beträchtlicher Rückgang der Investitionstätigkeit verbunden. Dennoch sind Investitionstätigkeit und Investitionsbereitschaft im ganzen immer noch befriedigend. Vor allem hierauf gründet sich eine optimistische Beurteilung der künftigen Entwicklung. Wie schon im 2. Halbjahr 1961, so war auch im bisherigen Verlauf dieses Jahres die lebhaftere Nachfrage der privaten Haushalte, die vor allem von den Löhnen und Gehältern getragen wird, die stärkste Stütze der Konjunktur. Aber auch von der öffentlichen Hand gingen unverändert starke Impulse aus. Dagegen hat die Auslandsnachfrage im Vergleich zum Vorjahr nachgelassen. Hierbei handelt es sich indessen um einen Vorgang, der von der amtlichen Wirtschaftspolitik mit der DM-Aufwertung beabsichtigt war und der durchaus nicht als beunruhigend anzusehen ist. Denn immer noch werden erheblich mehr Waren ausgeführt, als zur gleichen Zeit vom Ausland zu uns hereinkommen.

Die saisonübliche Frühjahrsbelebung hatte in diesem Jahr infolge des langanhaltenden Winterwetters und des späten Ostertermins nur zögernd eingesetzt. Von der ungünstigen Witterung war vor allem das Baugewerbe betroffen gewesen. Soweit es die unverändert große Arbeitskräfteknappheit zuläßt, versucht dieser Wirtschaftszweig in letzter Zeit, das Versäumte nachzuholen. Trotz einer allmählichen Beruhigung übersteigt die Nachfrage nach Bauten aber nach wie vor die Produktionsmöglichkeiten.

### Wieder mehr Aufträge

Die Auftragslage hat sich im Vergleich zum 2. Halbjahr 1961 in den ersten Monaten dieses Jahres verbessert. In der gesamten Industrie lagen die Werte der Auftragseingänge erstmals seit dem Sommer 1961 wieder etwas über den gleichzeitigen Lieferungen. Auch war die jahreszeitlich übliche Abnahme der Auftragseingänge vom 4. Vierteljahr zum 1. Vierteljahr diesmal geringer als im Durchschnitt der letzten Jahre. Der Wert der Aufträge, die die Industrie in den ersten vier Monaten des Jahres erhielt, war um 0,3 vH höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Dies ist insbesondere auf das mit einer Jahres-Zuwachsrate von 2,7 vH erfreuliche Aprilergebnis zurückzuführen. In der Kunststoffindustrie wurde im Durchschnitt der Monate Januar bis April der vergleichbare Vorjahresstand gehalten, in der Investitionsgüterindustrie -dagegen um knapp 2 vH unterschritten; die Verbrauchsgüterindustrie konnte eine Zuwachsrate von 5 vH verzeichnen. Wird zwischen den Bestellungen aus dem Inland und denen aus dem Ausland unterschieden, dann ergibt sich in der gesamten Industrie bei den Inlandsaufträgen eine Zunahme um 0,7 vH und bei den Exportorders eine Abnahme um 1,7 vH. Auch hier war das Aprilergebnis mit Zuwachsraten von 2,9 vH bei den inländischen und 1,4 vH bei den ausländischen Bestellungen besonders günstig.

Im ganzen zeichnet sich demnach eine allmähliche Belebung der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen ab. Die Entwicklung weist in den einzelnen Branchen allerdings erhebliche Unterschiede auf. Überdurchschnittlich haben sowohl die Inlands- als auch die Auslandsbestellungen in der Stahlindustrie zugenommen. Die Inlandsbestellungen an Walzstahl haben von 1,23 Mill. t im Monatsdurchschnitt des 4. Vierteljahres 1961 auf 1,44 Mill. t im Februar und auf 1,52 Mill. t im März 1962 zugenommen. Hier wirkt sich aus, daß die Unternehmer ihre seit Mitte 1961 zu beobachtende Politik des Lagerabbaues offensichtlich nicht mehr fortsetzen wollen. Das nunmehr erreichte Niveau der Bestellungen dürfte nach einer Schätzung der Bundesbank ungefähr wieder dem laufenden Stahlverbrauch entsprechen.

Während die inländischen Auftragseingänge im Fahrzeugbau sich ebenfalls beträchtlich vermehrt haben, sind sie namentlich in einigen typischen Investitionsgüterindustrien zurückgegangen. Beispielhaft ist hierfür der Maschinenbau, bei dem die Inlandsbestellungen im 1. Vierteljahr 1962 — immer wertmäßig gerechnet — um 9,3 vH und im April um

1) Dieser Bericht wurde am 8. Juni 1962 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum April 1962 vor.

4,5 vH niedriger waren als ein Jahr zuvor. Besonders stark — nämlich um 31,2 vH im 1. Vierteljahr und um 16,4 vH im April — war der Rückgang bei den Maschinen für die Produktionsgüterindustrie. Allerdings hat der Maschinenbau immer noch hohe *Auftragsbestände*, die nur sehr langsam abnehmen. Im Februar 1962 entsprachen sie noch immer einer Produktionsdauer von 8,7 Monaten gegenüber 9 Monatsproduktionen im Februar 1961.

Die Nachfrage nach Bauleistungen hat sich im 1. Vierteljahr 1962 etwas entspannt. Ob allerdings das am 22. Mai verabschiedete „Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit“ zuvor erneut einen starken Anstieg der Nachfrage in den Monaten April und Mai — ähnlich wie anlässlich der Baustopdiskussion vor einem Jahr — ausgelöst hat, läßt sich aus den bisher vorliegenden Anlagen noch nicht erkennen. Im 1. Vierteljahr waren jedenfalls die erteilten Baugenehmigungen — an der cbm-Zahl des umbauten Raumes gemessen — nur um 2 vH höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei liegt der Wohnungsbau mit einer Zuwachsrate von 6 vH an der Spitze, während die für den öffentlichen Bau erteilten Genehmigungen, die vor einem Jahr sehr stark angestiegen waren, diesmal um 14 vH zurückgegangen sind. Aber auch die Bauplanungen der gewerblichen Wirtschaft sind im Vergleich zum Vorjahr erheblich zurückhaltender gewesen; hier sind im 1. Vierteljahr nur noch 2 vH mehr Bauten als vor einem Jahr genehmigt worden gegenüber einer Zuwachsrate von nicht weniger als 25 vH im 1. Vierteljahr 1961. Auch hieran läßt sich die Abschwächung der Investitionstätigkeit auf einem freilich hohen Niveau erkennen.

#### *Im April setzte Produktionsaufschwung ein*

Für die Industrie brachte der April ein gutes Produktionsergebnis, denn es lag um knapp 4 vH über dem vergleichbaren Vorjahresstand. Das ist insbesondere im Vergleich zum März 1962 beachtlich, in dem nicht nur die Produktion vom März 1961 *nicht* erreicht wurde, sondern entgegen dem saisonüblichen Verlauf sogar ein leichter Rückgang gegenüber dem Februar 1962 verzeichnet werden mußte. Das lag vor allem an dem Mitte März erneut einsetzenden Winterwetter. Es hatte z. B. zur Folge, daß allein die Produktion des Bauhauptgewerbes im März um fast 22 vH unter dem Stand vom März 1961 lag. Dieser Rückgang konnte auch im April nur zum Teil aufgeholt werden. In den Monaten Januar bis April war die Bauleistung immer noch um 4 vH niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Verbrauchsgüterindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie erreichten dagegen Zuwachsraten von gut 3 vH, die Grundstoffindustrie von 2 vH und die Inve-

stitions-güterindustrie von 1,5 vH. In der gesamten Industrie betrug die Wachstumsrate in den ersten vier Monaten des Jahres 2,3 vH.

Durch das langanhaltende Frostwetter des letzten Winters ist der *Winterbau* erheblich beeinträchtigt worden. Die Zahl der Ausfalltage durch Schlechtwetter und Winterarbeitslosigkeit hat sich nach Angaben des Bundeswohnungsbauministeriums im letzten Winter gegenüber 1960/61 um rund 17 Mill. auf 35,6 Mill. Tagewerke erhöht und damit fast verdoppelt. Hierzu stellt das Ministerium in seinem letzten Vierteljahresbericht fest; „Vergleicht man diese Zunahme mit der durchschnittlichen monatlichen Arbeitsleistung des Bauhauptgewerbes im Jahre 1961 (rund 27 Mill. Tagewerke), so läßt sich sagen, daß die Ungunst des Wetters im vergangenen Winter im Verhältnis zum Vorjahr zu einem Mehrausfall an Produktionsleistung in Höhe von fast zwei Dritteln einer durchschnittlichen Monatsproduktion geführt hat.“ Von den eingetretenen Leistungsausfällen ist vor allem der Wohnungsbau betroffen worden. Im 1. Vierteljahr 1962 sind im Wohnungsbau 185 Mill. Arbeitsstunden gegenüber 223 Mill. Stunden im gleichen Vorjahreszeitraum geleistet worden.

Die ungünstige Witterung hatte im März erstmals seit Anfang 1958 wieder zu einem Anstieg der *Arbeitslosenzahl* im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresstand geführt, und zwar um 16,4 vH auf 190 000. Aber bereits im April konnten die meisten aus Saisongründen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer wieder eingestellt werden, so daß der Vorjahresstand erneut unterschritten wurde. Im Mai sank die Zahl der Arbeitslosen weiter um 26 000 auf 109 403 Personen. Damit ist sie um etwas mehr als 21 000 niedriger als vor Jahresfrist. Der Bedarf an Arbeitskräften ist dagegen nochmals angestiegen. Ende Mai kamen auf je einen Arbeitslosen sechs bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen. In immer stärkerem Ausmaß werden deshalb ausländische Arbeitskräfte angeworben. 620 000 Ausländer arbeiteten Ende Mai in der Bundesrepublik, 120 000 mehr als ein Jahr zuvor.

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat im Jahre 1961 eine 3. Repräsentativerhebung über Größe und Formen des *zwischenbetrieblichen Arbeitsplatzwechsels* vorgenommen. Sie hatte das bemerkenswerte und sicherlich für manchen unerwartete Ergebnis, daß trotz der Spannungen auf dem Arbeitsmarkt die zwischenbetriebliche Fluktuation deutlich zurückgegangen ist. 88,5 vH aller im Jahre 1961 beschäftigten Arbeitnehmer wechselten ihren Arbeitsplatz nicht. Die „Fluktuationsquote“ betrug demnach 11,5 vH gegenüber 14,5 vH im Jahre 1960 und 15,8 vH im Jahre 1959. Es ist nicht erstaunlich, daß der Arbeitsplatz am meisten im Baugewerbe (22,7 vH), bei den privaten Dienstleistungen (16,9 vH) und in

der Land- und Forstwirtschaft (15,3 vH) gewechselt wurde. Am niedrigsten war der Fluktuationsgrad im Verkehrsgewerbe (5,4 vH), im öffentlichen Dienst (5,7 vH) und in der Wirtschaftsabteilung „Bergbau, Steine und Erden, Energie“ (7,8 vH).

#### *Bautätigkeit soll eingeschränkt werden*

Eine Entspannung auf dem Baumarkt soll durch ein „Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit“ erreicht werden, das der Bundestag am 22. Mai 1962 verabschiedete und dem der Bundesrat zugestimmt hat. Das Gesetz verbietet bis zum 30. Juni 1963 vor allem die Errichtung von Gebäuden, die zu mehr als einem Viertel der Nutzfläche als Büro- oder Verwaltungsgebäude, Geschäfts- oder Warenhäuser, Theater, Museen, Ausstellungs- oder Versammlungshallen, Gaststätten oder Beherbergungsbetriebe genutzt werden sollen oder die als Eigenheime im Rohbau mehr als 75 000 DM, bei einer Einliegerwohnung mehr als 100 000 DM kosten. Verboten sind auch Änderungen an Gebäuden der genannten Art. Ausgenommen sind Bauten, für die die Behörden bereits bis zum 22. Mai 1962 eine Baugenehmigung erteilt hatten.

CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktion stimmten diesem Gesetz zu, während die Sozialdemokraten sich der Stimme enthielten. Ihre Begründung für diese Haltung ist bemerkenswert. Ihnen ist das Bauverbot zu global; sie hatten deshalb vorgeschlagen, daß die Länderregierungen Gebiete, in denen keine erhöhte Nachfrage nach Bauleistungen besteht, von dem Verbot ausnehmen könnten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Lediglich für die Zonenrandgebiete ist eine solche Ausnahmeregelung im Gesetz vorgesehen. In der Tat ist das Gesetz u. E. ein grobes Mittel. Wir hatten immer an ein relativ anpassungsfähiges konjunkturpolitisches Steuerungsmittel „der leichten Hand“ gedacht, wenn wir seit zwei Jahren mehrfach im Rahmen dieser Berichte für ein konjunkturpolitisch ausgerichtetes Baugenehmigungsverfahren eingetreten sind. Für dieses Gesetz gilt indessen unverändert das, was wir vor einem Jahr anlässlich der damaligen Baustopdiskussion schrieben: „Es bestätigt sich erneut die Erfahrung, daß derjenige, der — sei es aus ideologischen oder interessegebundenen Motiven — die Anwendung leichter Lenkungsmittel verabscheut, sich in einer späteren Entwicklungsphase nicht anders als durch nun wirklich zweifelhaft dirigistische Maßnahmen helfen zu können glaubt.“<sup>2)</sup>

Nicht viel anders verhält es sich mit der in das Haushaltsgesetz 1962 aufgenommenen Bestimmung, alle Bundesmittel für Bauvorhaben in Höhe von 20 vH der Jahresansätze zu sperren, soweit nicht eine rechtliche Verpflichtung zu ihrer Leistung besteht.

Diese Sperre kann nur durch ein Ausnahmeverfahren, bei dem der Bundesfinanzminister das Einvernehmen des Bundeswirtschaftsministers einzuholen hat, aufgehoben werden. Auch hier wurde der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, diese Sperre nicht auf den sozialen Wohnungsbau und den Straßenbau anzuwenden, abgelehnt. Die Folge des groben Verfahrens ist, daß der Straßenbau, dessen Kapazitäten im Gegensatz zum Hochbau nicht voll ausgelastet sind, am stärksten betroffen wird, obwohl jedermann den unzureichenden Zustand unserer Straßen beklagt. Da Mitte April bereits etwas mehr als 80 vH der für die Sperre in Frage kommenden Straßenbaumittel entweder vertraglich gebunden waren oder sich im Ausschreibungsverfahren befanden, mußte der Bundesverkehrsminister eine sofortige Sperre der Auftragsvergabe erlassen, so daß Aufträge in diesem Jahr nur noch durch das Ausnahmeverfahren vergeben werden können. Infolgedessen tritt zweifellos eine Verzögerung im Straßenbau ein; wenn überhaupt, dann wird die Freigabe der Mittel größtenteils erst so spät erfolgen, daß in diesem Jahr mit den Bauvorhaben nicht mehr begonnen werden kann.

Soweit überhaupt konjunkturpolitische Maßnahmen ergriffen worden sind, geben sie ein Beispiel für eine Wirtschaftspolitik, der die Konzeption fehlt und die deshalb Flickwerk ist. Statt eine plan- und wirkungsvolle Konjunkturpolitik vorzubereiten und gegenüber den Wirtschaftsverbänden und auch gegenüber dem Bundeskanzler durchzusetzen, ergeht sich Prof. *Erhard* in Klagen über angeblich maßlose Lohnforderungen. Tatsache ist demgegenüber, daß die breite Masse der Bevölkerung vor allem von den teilweise sogar unverschämten Erhöhungen der Nahrungsmittelpreise betroffen wird. Sie sind keine Folge von Lohnerhöhungen. Dagegen kann nicht bestritten werden, daß die im Juli zu erwartenden und vom Bundesernährungsminister auch schon vorsorglich angekündigten Preiserhöhungen bei den Grundnahrungsmitteln eine Auswirkung der EWG-Agrarmarktordnung darstellen. Die preiserhöhenden Bestimmungen der Marktordnung sind aber gerade auf das Einwirken der Bundesregierung zurückzuführen. Angesichts der für den Verbraucher ungünstigen Agrarschutzpolitik, die die Bundesregierung seit über einem Jahrzehnt betreibt, verlieren die in letzter Zeit ständig wiederholten Klagen des Wirtschaftsministeriums an Glaubwürdigkeit.

Infolge der erhöhten Nahrungsmittelpreise — vom April 1961 bis zum April 1962 stiegen sie um nicht weniger als 7,1 vH an — erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung um 4,6 vH. Dagegen waren die Grundstoffpreise industrieller Herkunft im April sogar noch etwas niedriger als ein Jahr zuvor, und die in-

2) Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7/1961, S. 424.

dustriellen Erzeugerpreise lagen um 1,5 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand.

#### *Immer noch hoher Ausfuhrüberschuß*

Von einer ernstlichen Gefährdung unserer Wettbewerbsposition im Weltmarkt zu sprechen, wie es vielfach Mode wurde, ist jedenfalls übertrieben. „Zweifellos ist“, wie die Berliner Bank in ihrem Börsenbrief vom 27. April 1962 feststellt, „durch die Aufwertung der D-Mark sowie durch die Kosten- und die Preiserhöhungen im Inland der deutsche Export in gewissem Umfang erschwert worden. Maßgebender für den Rückgang unserer Ausfuhr war aber die Konjunkturdämpfung in den anderen westeuropäischen Ländern. Vergleicht man nämlich die Entwicklung des gesamten Imports unserer wichtigsten Abnehmerländer in Europa mit ihren Einfuhren deutscher Erzeugnisse, so zeigt sich, daß bisher keineswegs von einer Verlagerung ihrer Bezüge von deutschen auf andere Hersteller gesprochen werden kann.“ Die Verringerung der Wachstumsrate des deutschen Exports von 16 vH im Jahre 1960 auf 6 vH im vergangenen Jahr und auf 1,6 vH in den ersten vier Monaten dieses Jahres ist noch nicht beunruhigend, wenn man berücksichtigt, daß eine Abschwächung des Exportgeschäftes gerade Ziel der Aufwertung war. Außerdem ist in den letzten Monaten wieder eine etwas stärkere Zunahme zu beobachten. Auch die verschärfte ausländische Konkurrenz auf den Inlandsmärkten war gewollt. Infolgedessen ist es nicht verwunderlich, daß die Einfuhr stärker als die Ausfuhr zugenommen hat. Die amtlichen Angaben über die Einfuhr sind allerdings statistisch überhöht,

da Waren, die sich Ende 1961 in Zollvormerklagern befanden, nunmehr nach und nach als Einfuhr erfaßt werden. In den ersten vier Monaten handelt es sich dabei um Waren im Werte von 420 Mill. DM. Bleiben sie unberücksichtigt, ergibt sich aber immerhin noch eine Zunahme der Einfuhr in den ersten vier Monaten 1962 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 10 vH. Die Außenhandelsbilanz ergab in diesem Zeitabschnitt immerhin noch einen Ausfuhrüberschuß von rd. 1,5 Mrd. DM gegenüber 2,6 Mrd. DM im Januar/April 1961. Ausgehend von der New Yorker Börse, erlebten die Börsen an den wichtigsten Bankplätzen der westlichen Welt Ende Mai Kursstürze, die Erinnerungen an den berüchtigten „Schwarzen Freitag“ im Oktober 1929 wachriefen. In der Bundesrepublik war am 29. Mai der Tiefstand erreicht. Der Index der Aktienkurse war auf 474 abgesunken, das waren 11,4 vH weniger als am 23. Mai. Schon einen Tag später, am 30. Mai, hatten sich allerdings die Kurse wieder um durchschnittlich 8,4 vH erhöht. Inzwischen ist eine weitere Erholung der Kurse eingetreten. Bundesbankpräsident *Blessing* hat die Kurseinbrüche in New York und auch bei uns als „eine Reaktion auf die vorher übersteigerten Kurse“ bezeichnet, wobei „genauso wie früher in der Hausse über das Ziel hinausgeschossen wurde“. Es wäre aber falsch, Vergleiche mit den Jahren 1929 bis 1931 anzustellen. Der Kurssturz hat aber wohl doch gezeigt, daß es eigentlich nicht verantwortet werden kann, breitesten Bevölkerungsschichten, die mit Bank- und Börsengeschäften nicht vertraut sind, das Aktiensparen zu empfehlen, wie dies im vorigen Jahr durch den Verkauf von Volkswagenaktien geschah.

*Günter Pehl*